

FLÜCHTLINGE

EU will auch Flüchtlinge aus Kroatien umverteilen

Auch Kroatien und Slowenien sollen durch einen Verteilschlüssel entlastet werden. Für syrische Flüchtlinge im Nahen Osten hat die Bundesregierung Soforthilfe angekündigt.

VON | 20. September 2015 - 10:19 Uhr

© Jeff J Mitchell/Getty Images



Hunderte Geflohene warten im kroatischen Tovarnik auf einen Zug nach Zagreb.

Die EU plant auch Flüchtlinge aus Kroatien und Slowenien mit einem verbindlichen Mechanismus auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen. Das geht aus einem gemeinsamen Entwurf der EU-Kommission und der luxemburgischen Ratspräsidentschaft für das Treffen der EU-Innenminister am Mittwoch hervor, berichtet die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS)*. Demnach solle auch die Umsiedlung aus "Mitgliedstaaten im Südosten, die am stärksten vom Flüchtlingsstrom auf der Westbalkanroute betroffen sind" möglich sein.

Im ursprünglichen Entwurf der Kommission war die Verteilung von 160.000 Menschen aus Italien, Griechenland und Ungarn vorgesehen. Da Ungarn einen verbindlichen Schlüssel jedoch ablehne, sei das Kontingent von etwa 54.000 Menschen, die nach Ungarn geflohen sind, frei geworden, berichtet die *FAS*.

Am Montag hatten die EU-Innenminister die Entscheidung über einen verbindlichen Mechanismus zur Verteilung der Geflohenen vertagt. **Nach Informationen der *FAS* hatten sich die Slowakei, die Tschechische Republik und Rumänien einem Kompromiss verweigert. Auf dem EU-Flüchtlingsgipfel am kommenden Mittwoch könnten die Länder jedoch überstimmt werden.**

Deutschland und Österreich fordern Geld für Nahen Osten

Deutschland und Österreich forderten die Union vor dem Treffen auf, syrische Flüchtlinge im Nahen Osten mit mehr Geld zu unterstützen. Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) und Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann nannten in Wien eine Summe von fünf Milliarden Euro. Wenn die Europäische Union jetzt nicht Geld in die Hand nehme, "dann werden sich noch mehr Menschen auf den Weg machen", sagte Gabriel bei einem Treffen führender europäischer Sozialdemokraten. Die USA und Saudi-Arabien sollen sich an dem Programm beteiligen.

Die Hilfsleistungen sollen Gabriel zufolge beim EU-Flüchtlingsgipfel besprochen werden. Die geforderte Summe ergibt sich aus den fehlenden Mitteln des UN-Welternährungsprogrammes WFP und des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Das WFP hatte in den vergangenen Wochen seine Lebensmittelhilfe für Flüchtlinge in Syriens Nachbarstaaten wegen Geldmangels kürzen müssen.

Die Bundesregierung kündigte an, das WFP mit einer Soforthilfe in Höhe von 20 Millionen Euro zu unterstützen. Damit könnten rund 500.000 syrische Flüchtlinge in der Region rund drei Monate lang versorgt werden, sagte Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) der Welt am Sonntag. Er rief die anderen Mitgliedsstaaten auf, dem Beispiel zu folgen. Es sei nicht hinnehmbar, dass den UN-Organisationen das Geld für die Nahrungsversorgung ausgehe.

Auch der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), appellierte an die EU-Regierungschefs, bei ihrem Gipfel endlich die versprochenen sieben Milliarden Euro zur Flüchtlingsbetreuung im Nahen Osten freizugeben. EU-Ratspräsident Donald Tusk rief die Ratsmitglieder in einem Brief zu Spenden für das Ernährungsprogramm auf. Das WFP habe die Versorgung der Flüchtlinge mit Nahrungsmitteln bereits deutlich kürzen müssen, schrieb Tusk. Elf Millionen Menschen in Syrien und den Nachbarländern müssten versorgt werden.

US-Außenminister Kerry verspricht Unterstützung

US-Außenminister John Kerry nannte die Situation der Flüchtlinge in Europa eine "humanitäre Katastrophe". Die Aufnahme von 10.000 syrischen Flüchtlingen in den USA sei nicht genug, sagte er dem britischen Sender Channel 4: "Wir schauen uns andere Optionen an, es ist dringend." Der US-Außenminister machte jedoch auch deutlich: "Man kann das nicht lösen, indem man einfach die Leute ins Land lässt." Kerry wird zu einem Gespräch mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) in Berlin erwartet.

Die Flüchtlingskrise löst viele Sorgen und Ängste aus. Wir haben weit verbreitete Meinungen in einem Faktencheck geprüft.

Tausende Flüchtlinge sind auf der Balkanroute Richtung Mitteleuropa unterwegs. Nachdem Ungarn seine Grenzen zu Serbien geschlossen hatte, zählten die ungarischen Behörden knapp 9.000 Flüchtlinge, die von Kroatien aus ins Land gekommen waren. Kroatien hatte erklärt, den Andrang an Menschen nicht mehr bewältigen zu können ; bislang kamen nach Angaben des Innenministeriums mehr als 20.000 Flüchtlinge ins Land. Österreichs Behörden erwarteten die Ankunft von rund 10.000 Menschen, die zuvor über Kroatien und Ungarn reisten. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner kündigte an, dass Menschen, die nach der Durchreise durch Kroatien oder Slowenien erst in Österreich um Asyl bitten, dorthin zurückgebracht würden.

Flüchtlinge auf Kontingent begrenzen

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will mit einem neuen europäischen Asylrecht die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland begrenzen. "Wir können uns in Europa nicht abschotten. Wir können aber auch nicht alle Menschen aus Krisengebieten und alle Armutsflüchtlinge, die nach Europa und nach Deutschland möchten, aufnehmen", sagte er dem *Spiegel* . Gebraucht würden feste, großzügige Flüchtlingskontingente für eine legale Zuwanderung in die EU - wenn diese aber ausgeschöpft seien, sollten politisch Verfolgte in ihre Heimatregionen zurückgeschickt werden. Dort müsse ihnen dann geholfen werden.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) mahnte eine gemeinsame europäische Antwort auf die Flüchtlingskrise an: "Es kann nicht sein, dass bei den ankommenden Hunderttausenden von Flüchtlingen am Ende sich nur vier Länder in Europa verantwortlich fühlen - Italien, Österreich, Deutschland und Schweden", sagte er in Magdeburg.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE, dpa, rtr, afp, ces, fa

ADRESSE: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-09/fluechtlinge-hilfe-vor-ort-kerry-kanada>